

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



April 2018

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen monatlich eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt und Sie regelmäßig zu Beginn eines Monats die Zusammenfassung des vorangegangenen Monats auf meiner Homepage anklicken.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Westmann

April Spruch:

„Am Anfang gehören alle Gedanken der Liebe.
Später gehört alle Liebe den Gedanken.“

(Albert Einstein)

Aus dem Landtag – April 2018

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 6. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 18. bis 20. April 2018 behandelt:



Aktuelle Stunde

- Sonntagsflohmärkte als Familienerlebnis erhalten (Drs.18/684)

Gesetzentwurf

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (Drs. 18/656)
- Entwurf eines Gesetzes zur dauerhaften Fortsetzung der Förderungen nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Nds. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz -NGVFG (Drs. 18/245)
- a) Entwurf eines Gesetzes zum NDR-Datenschutz-Staatsvertrag (Drs. 18/277)
- b) Entwurf eines Gesetzes zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Drs. 18/278)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 18/110)
- Kinderrechte in das Grundgesetz aufnehmen (Drs.18/158)
- Einführung eines europaweiten Behindertenausweises (Drs. 18/361)
- Tierschutzkonforme Lösungen für die Kastration männlicher Ferkel – Planungssicherheit für die Betriebe gewährleisten
- Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar (Drs. 18/647)
- Qualität steigern, Sicherheit erhöhen – Anzahl der Ausführungen Sicherungsverwahrter überprüfen (Drs. 18/649)
- Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein (Drs. 18/648)
- Artensterben aufhalten – Insekten schützen

Aus dem Landtag - April 2018

19. April 2018

Rede von Editha Westmann zum AfD Antrag „Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Geschichte der Deutschen aus Russland reicht weit in die Vergangenheit zurück.

Wer die Seele der Deutschen aus Russland verstehen will, muss ihre ganze Geschichte, von der Zeit Katharina der Großen bis in die Gegenwart, kennen. Nur so werden wir in der Lage sein, das ganze Leid dieser, unserer Landsleute zu verstehen. Dies vorausgeschickt, möchte ich auf den AfD-Antrag eingehen.

Als Stalin am 28. August 1941 den Befehl gab, die Deutschen aus dem Wolgagebiet und darüber hinaus in die Weiten Sibiriens und Kasachstans zu deportieren, machte er sie zu den Opfern seines Unrechtssystems. Die Deportation war erst der Anfang des großen Leids, denn ihr folgten schwere Jahre voller Entbehungen, der Verlust der Muttersprache und der Identität.

Abertausende Deutsche waren von der Umsiedlung in die trostlosen Gebiete betroffen. Viele von ihnen waren den grausamen Belastungen nicht gewachsen. Das harte und entbehungsreiche Leben in den ärmlichen und im Winter bitterkalten Dörfern und die brutale Realität z.

B. in den Arbeitslagern haben viele Tausende nicht überlebt.

Ich habe mit einigen Opfern persönlich sprechen können. Die geschilderten Berichte haben mich zutiefst erschüttert.

So bin ich mir der Verantwortung gegenüber unseren Landsleuten, den Deutschen aus Russland, sehr bewusst.

Gedenken gehört auch zur Verarbeitung des Unrechts, das die Deutschen aus Russland erlitten haben.

Für mich gibt es keinen besseren Ort, um den Opfern des 28. August 1941 zu gedenken, als Friedland.

Jedes Jahr im Frühherbst lädt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu einer Gedenkstunde nach Friedland ein.

Friedland symbolisiert das Tor zur Freiheit.

Über Friedland kamen unzählige Aussiedler und Spätaussiedler zurück nach Deutschland.

Die Vorsitzende der LdmdR, Lilli Bischoff, bezeichnet daher auch Friedland als die „Hauptstadt der Herzen“ für viele Deutsche aus Russland.

Editha Westmann, MdL

Aus dem Landtag - April 2018

19. April 2018

Rede von Editha Westmann zum AfD Antrag „Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941

Wer schon einmal an dieser Gedenkstunde teilgenommen hat, weiß, wie würdig der Rahmen und der Ort gewählt sind. Ich kann Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen nur ermuntern, an dieser bedeutungsvollen Veranstaltung in Friedland teilzunehmen.

Doch gerade Friedland steht für ganz viele unterschiedliche Flüchtlings- und Vertriebenenschicksale.

Nach meinem Empfinden sollte jedem einzelnen Schicksal ein Gedenken gewidmet werden.

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung 2015 erstmals einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung eingerichtet.

Dieser Gedenktag findet jedes Jahr am 20. Juni statt und wurde mit dem Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen zusammengelegt.

Er ist dem Leid, den Verlusten, den menschlichen Tragödien und den Toten gewidmet.

Daher würden wir es sehr begrüßen, wenn jedes Jahr zu Beginn des Juni-Plenums hier bei uns im Niedersächsischen Landtag der Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation – damals wie heute – gedacht würde.

Dieser Tag steht auch für die Verantwortung, die wir für alle Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation – damals wie heute - übernehmen.

Wir werden diesen Wunsch an unsere Landtagspräsidentin herantragen und damit eine ernsthafte Verbundenheit mit allen deportierten, geflüchteten und vertriebenen Menschen zum Ausdruck bringen.

Das Trauma der Deutschen aus Russland, dass diese durch den Stalin-Befehl erlitten haben, wirkt bis heute nach.

Wir sollten daher verantwortungsvoll und sehr sensibel mit diesem Thema umgehen und keinesfalls parteipolitisch instrumentalisieren.

Lassen Sie uns gemeinsam ein würdiges Gedenken auf den Weg bringen und jedes Jahr zu Beginn des Juni-Plenums innehalten, um an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation – damals wie heute – zu erinnern, denn niemand, der ein ähnliches Schicksal wie unsere Deutschen aus Russland erfahren hat, darf dabei vergessen werden.

Aus dem Landtag – Presse April 2018

10. April 2018

Wulf: Dualisierte Erzieherausbildung: CDU will noch 2018 beratungsfähiges Konzept vorlegen

Hannover. Im Rahmen eines Expertengesprächs hat die CDU-Landtagsfraktion die Chancen einer Dualisierten Erzieherausbildung in Niedersachsen diskutiert. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mareike Wulf, ist zuversichtlich, dass noch im laufenden Jahr ein beratungsfähiges Konzept dafür vorgelegt werden kann: „Das Modell der praxisintegrierten Ausbildung in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeigt, wie eine attraktive Erzieherausbildung gestaltet werden kann. Die CDU wird in Kürze erste Überlegungen zur Dualisierten Erzieherausbildung vorlegen und mit unserem Koalitionspartner eine gemeinsame Position erarbeiten.“

Über die grundsätzliche Reformnotwendigkeit der Erzieherausbildung waren sich alle Teilnehmer einig. „Die Erzieherausbildung in Niedersachsen muss attraktiver gestaltet werden. Neben der Schulgeldfreiheit müssen wir auch dazu kommen, dass die angehenden Erzieherinnen und Erzieher endlich eine angemessene und faire Vergütung erhalten“, so Wulf. Dies seien unverzichtbare Voraussetzungen für die Fachkräftesicherung in der frühkindlichen Bildung. „Wir nehmen die Forderungen der Verbände sehr ernst, vor allem hinsichtlich der Sicherung der Qualitätsstandards, der theoretischen Ausbildungsinhalte und der weiterhin starken Rolle der Fachschulen in der Ausbildung.“

Über den Verlauf der Diskussion zeigt sich Wulf hochzufrieden: „Uns ist es wichtig, auch die Verbände anzuhören, die dem Modell einer Dualisierten Erzieherausbildung eher kritisch gegenüberstehen. Damit gehen wir jetzt in die weitere Arbeit.“

Aus dem Landtag – Presse April 2018

18. April 2018

Lechner: Sonntagsflohmärkte als Familienerlebnis erhalten

Hannover. „Wir werden den Flohmarkt am Sonntag in Niedersachsen erhalten. Das ist die frohe Botschaft, die wir den Menschen in Niedersachsen heute mitteilen können“, erklärte Innenpolitiker Sebastian Lechner am Anfang der Aktuellen Stunde im Niedersächsischen Landtag. Der Flohmarkt werde sonntagsgerecht und damit rechtssicher ausgestaltet.

Flohmärkte sind Ziel von Familienausflügen, oft auch Teil der Tradition und der Festkultur. Sie bedeuten Begegnung, Austausch und Kommunikation. „Wir sind uns des Wertes der Flohmärkte bewusst und wir wollen sie schützen. Allerdings kollidiert unsere Flohmarktkultur mit der Sonntagsruhe. Unser Kompromiss ist eine klare Regelung mit einfachen Grundsätzen. Diese beinhaltet keinen Verkauf von Neuwaren, die Zulassung von gewerblichen Veranstaltern, aber nur im geringen Maße von gewerblichen Verkäufern, und eine zeitliche Dispense von vier Wochen“, so der überzeugte Christdemokrat.

Deswegen werde § 4 des niedersächsischen Feiertagsgesetzes geändert.

Aus dem Landtag – Presse April 2018

18. April 2018

Heineking: 150 Millionen Euro für die Kommunen – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gutes Signal für Niedersachsen

Hannover. „Wir heben die Mittel pro Jahr für die Gemeindeverkehrsfinanzierung um 26,5 Millionen auf 150 Millionen Euro an. Damit setzen wir ein Zeichen für Kommunen, Pendler, Gewerbetreibende und die Verkehrssicherheit. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist ein gutes Signal für Niedersachsen“, erklärt CDU-Verkehrsexperte Karsten Heineking zum Beschluss des Gesetzes im Niedersächsischen Landtag.

„Mit der Mittelerhöhung und der gleichberechtigten Verteilung der Mittel zwischen dem Straßen- und Radewegebau sowie dem ÖPNV beziehungsweise SPNV werden beide Bereiche zukunftsfest aufgestellt. Eine 50:50-Verteilung der Mittel ist aus Sicht von SPD und CDU gut geeignet, um dem Investitionsbedarf auf beiden Feldern angemessen Rechnung zu tragen“, so Heineking.

Die Mittel des Gesetzes finden in vielfältiger Weise Verwendung: beim Ausbau bestehender Straßen, für den Neu- und Ausbau von Radwegen, für die Erneuerung von Brücken, für Kreisverkehre, sichere Bahnübergänge und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten. Der ÖPNV profitiert vom Bau von Straßen- und Untergrundbahnlinien, von der Anschaffung von Bussen und Schienenfahrzeugen, dem Bau von Bushaltestellen und Fahrradstellplätzen und durch die Anschaffung von Verkehrstelematik.

„Unser besonderer Dank gilt daher Minister Dr. Bernd Althusmann und seinem Haus, dass wir in so kurzer Zeit die notwendige Erhöhung der Mittel realisieren und so die Gemeindeverkehrsfinanzierung langfristig und nachhaltig sichern können“, so Heineking abschließend.

Aus dem Landtag – Presse April 2018

18. April 2018

Scharrelmann: Schützen und fördern – Die Rechte von Kindern gehören in das Grundgesetz

Hannover. „Kinderrechte sind bereits in vielen Gesetzen verankert und damit Grundlage vieler unserer Entscheidungen. Nur im Grundgesetz, dem Fundament aller Gesetze und Verordnungen der Bundesrepublik, sind sie noch nicht erhalten“, sagt der jugendpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcel Scharrelmann. Der heutige Landtagsbeschluss, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einzusetzen, sei daher ein wichtiger und konsequenter Schritt. „Kinder haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf einen Umgang mit beiden Elternteilen und auf Bildung.“ Mit der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz können die Interessen von Kindern stärker als bisher vertreten werden. „Kinder sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir müssen sie vor Gewalt schützen und sie in ihrer Entwicklung fördern. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, ihnen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft eine Stimme zu geben“, so Scharrelmann.

Aus dem Landtag – Presse April 2018

20. April 2018

Toepffer: Ministerin Otte-Kinast beendet willkürliche Verteilung der regionalen Fördermittel

Hannover. „Die Entscheidung von Ministerin Otte-Kinast, den Kontingentschlüssel zur Verteilung der regionalen Fördermittel zu ändern, ist richtig. Die bisherige willkürliche Mittelverteilung, die unter ihrem Vorgänger Minister Meyer eingeführt wurde, wird damit beendet. Jetzt erfolgt die Mittelverteilung nach objektiven Kriterien“, so Toepffer.

Darunter fallen unter anderem die Steuerkraft, die Demographie und Arbeitslosenzahlen, sodass künftig diejenigen Regionen stärker profitieren, die strukturell benachteiligt sind.

„Die CDU steht voll hinter der Entscheidung der Ministerin und hat mit dem Koalitionspartner vereinbart, die Wirksamkeit dieser Maßnahme nach einem Jahr zu evaluieren. Wir denken Niedersachsen nicht in Teilen, sondern im Ganzen. Niedersachsen soll überall gleich stark sein und dafür setzt sich die Ministerin mit der Verteilung der Fördergelder nach objektiven Maßstäben ein“, so der Fraktionsvorsitzende.